

Marion Sellier und Olaf Schulze:

Kohlendioxid-Einlagerung – Kiel gegen Berlin?

Nach Prüfung des Referentenentwurfs eines Bundes-Gesetzes „zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid“ sagen die nordfriesische SPD-Landtagsabgeordnete Marion Sellier und der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Nach Demonstrationen direkt vor seinem damaligen Wohnsitz hat Ministerpräsident Carstensen sich im letzten Jahr und in letzter Minute in einer 180-Grad-Wendung gegen die Deponierung von CO₂ in Schleswig-Holstein ausgesprochen und damit ein Wahldebakel verhindert. Seitdem hören wir von CDU und FDP gebetsmühlenartig den Text des Koalitionsvertrages:

„Deswegen werden wir uns im Rahmen der gesetzlichen Regelungen über die Einlagerung von CO₂ dafür einsetzen, dass den Ländern die Möglichkeit verbleibt, dauerhafte unterirdische Speicherungen von CO₂ auf ihrem Gebiet auszuschließen. Schleswig-Holstein muss in die Lage versetzt werden, die Genehmigungen zu verweigern.“

Dies war in Berlin wohl nicht bekannt, als der Referentenentwurf zum CCS-Gesetz formuliert wurde. Der Gesetzestext sieht eine bundeseinheitliche Regelung vor – ohne eine Länderklausel zum Verbot der CO₂-Einlagerung.

Wir sind gespannt, wie die Koalition aus Kiel dem erklärten Willen der Bevölkerung ganz Schleswig-Holsteins noch vor dem Beschluss des Bundeskabinetts entsprechen kann. Wir werden sie jedenfalls an ihren tatsächlichen Erfolgen bei der Änderung des Gesetzesentwurfs und nicht an ihren politischen Ansprüchen messen.